

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Püger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseger, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1,- RM (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 217 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postfach Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Verhandlungen um einen Reichstarifvertrag für das Baugewerbe gescheitert!

Wie bereits in „Grundstein“ gemeldet, waren die Organisationsvertreter der am Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten beteiligten Parteien am 15. Januar versammelt, um zu der Frage eines neuen Vertrages und zu den Löhnen in den Bezirken Stellung zu nehmen. Ueber formale Besprechungen kam man damals nicht hinaus. Lediglich wurde beschlossen, am 30. Januar die beiderseitigen Anträge zum Reichstarifvertrag auszutauschen. Ferner wurden die Verhandlungstermine festgesetzt.

Am 5. und 6. Februar wurde dann im Arbeitsministerium zu Berlin verhandelt. Hervorzuheben ist aus den Anträgen der Arbeiterorganisationen, daß die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit reichstarifvertraglich auf 40 Stunden festgesetzt werden soll. Es wird ferner verlangt, daß Akkordarbeit unzulässig sei. Die Lohnspanne zwischen Maurer- und Bauhilfsarbeiterlohn soll künftig nur 10 % betragen. Der Urlaub soll verbessert werden, indem eine Urlaubskasse gefordert wird. Für die Urlaubsberechtigung soll eine 26wöchige Beschäftigung als Grundlage dienen. Ferner wurde eine Verbesserung der Lehrlingsferien gefordert. Bei Vorladung vor Gericht soll der Verdienstausschlag auch dann gezahlt werden, wenn die Vorladung von anderen Behörden ausgeht. Betriebsstörungen sollen vergütet werden. Außerdem wurden noch einige Verbesserungen zum Schlichtungsverfahren beantragt und eine bessere Klarstellung der Löhne für Zementarbeiter.

Man kann sagen, daß dies zumeist Anträge sind, die von der Arbeiterseite bereits im Jahre 1929 erhoben wurden. Was wollen nun die Unternehmer? Zunächst verlangen sie, daß die Verhandlungen um einen Reichstarif und die bezirklichen Löhne bis zum 28. Februar abgeschlossen sein müssen. Ueber die Art der Lohnregelung sprachen sie sich bisher nicht ganz klar aus. Jedenfalls scheint bei den Unternehmern die Absicht zu bestehen, die staatliche Lohnregelung der tariflichen vorzuziehen. Wenn die baugewerblichen Arbeiterorganisationen einen anderen Standpunkt vertreten, so ist dies verständlich. Sie tun dies nicht aus besonderer Liebe für die Lohnschlichtungsinstanzen, aber sie sind der Meinung, daß diese Instanzen einen größeren Ueberblick über die Eigenarten des Baugewerbes haben und deshalb zu gerechteren Schlägen kommen dürften, als irgendwelche als Schlichter eingesetzte Professorenen. Die jahrelange Praxis der eigenen Schlichtungsinstanzen hat dies bewiesen.

Welches sind nun die Forderungen der Unternehmer zum Reichstarifvertrag? Es wird verlangt, daß Lohngebiete, für die die Allgemeinverbindlichkeit nicht ausgesprochen wird, automatisch aus dem Geltungsbereich des betreffenden Lohn- und Arbeitsgebietes auscheiden sollen. Hierfür sind unseres Erachtens nur organisatorische Rücksichten der Unternehmer maßgebend. Es soll ferner bei Entlassungen wegen Witterungseinflüssen die Verpflichtung der Wiedereinstellung wegfallen. Bei Entlassungen größeren Umfangs sollen den Arbeitern Geld und Papiere nur „auf Wunsch“ nachgegeben werden. Die unvollkommene Arbeitszeitbestimmung im bisherigen Vertrag soll noch mehr verhärtet werden. Der besondere Zuschlag für Arbeitsstunden bei Wechselsschichten zwischen 8 Uhr abends und 5 Uhr morgens soll nicht mehr gezahlt werden. Auch der bisher mögliche Zuschlag bei Wechselsschichten zwischen 11 Uhr abends und 5 Uhr morgens soll in Fortfall kommen. Die halbtägige Pause bei Dreischichtarbeit soll nicht mehr bezahlt werden. Ferner soll nur noch der Unternehmer die Akkordsätze bestimmen. Der tarifliche Vollarbeiterlohn soll nur noch über 21 Jahre alten Arbeitern gezahlt werden. Die Lohnspanne zwischen Fach- und Bauhilfsarbeitern soll 20 % betragen. Facharbeitern im Tiefbau beigegebene Bauhilfsarbeiter sollen nur noch Tiefbauarbeiterlohn bekommen. Hilfsarbeiter, die in den letzten zwei Jahren vor der Einstellung nicht mindestens sechs Monate ununterbrochen im Baugewerbe tätig waren, sollen 15 % weniger Lohn erhalten. Die sogenannte Betonklausel soll fortfallen. Dies bedeutet eine Verschlechterung der Arbeiterlöhne beim Handmischen, Einstampfen, Auffüllen des Zements, beim Transport des Mischgutes und beim Zementtransport. Löhne für alte, junge oder invalide Arbeiter, für Wächter, Mannschaftsküche und Barackenwärter sollen erst in der zweiten vollen Lohnwoche vereinbart werden. Für Lohnzuschläge sollen im Vertrag „Grenzen“ festgelegt werden. In Krankheitsfällen soll der Lohn für einen Tag nur dann

gezahlt werden, wenn der Arbeiter mindestens sechs Tage beschäftigt war. Die Lohnzahlung bei Geburts-, Todes- oder Krankheitsfällen in der Familie soll eingeschränkt werden. Bei Materialmangel oder Betriebsstörungen soll ebenfalls keine Entschädigung gezahlt werden. Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis sollen bereits nach zwei Monaten verjähren. Die Lehrlingsbestimmungen sollen gänzlich gestrichen werden. Das Baudelegiertenwesen soll verschlechtert werden. Für Brandschaden, Diebstahl, Fahrradaufbewahrung soll der Unternehmer nicht mehr zu haften brauchen. Die Ferien sollen gänzlich fortfallen.

Dies wären die einschneidendsten Forderungen der Unternehmer zum Reichstarifvertrag. Wenn diese Wünsche Erfüllung fänden, so bedeutete dies rund und nett die Befestigung des Reichstarifvertrages. Der Torso, der dann noch übrig bliebe, wäre belanglos. Und die Verhandlungen bewiesen sofort zur Genüge, daß den Bauunternehmern an einem Reichstarifvertrag anscheinend wenig gelegen ist. Die Verhandlungen waren dementsprechend schleppend und lässig, man kam über einzelne Lastversuche nicht hinaus. Die Unternehmervertreter verlegten das Schwergewicht auf die Festsetzung der bezirklichen Löhne bis zum 28. Februar. Die Arbeitervertreter erklärten, daß zunächst der Reichstarifvertrag abgeschlossen werden müsse. Die freibende Schatzmacherische Kraft schien bei den Auseinandersetzungen der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes zu sein. Dieser Unternehmerverband ist es vor allem, der angesichts der mangelhaften Organisation der Arbeiter im Tiefbaugewerbe einen Reichstarifvertrag als lästige Fessel empfindet und am liebsten auch die Löhne nach seinem freien Ermessen zahlen möchte. Da eine Einigung nicht möglich erschien, berieten die Unternehmervertreter eine Zeilung allein. Sie überreichten dann den Arbeitervertretern nachstehenden Vorschlag: „Die Arbeitgeber bestehen nicht auf der Forderung der sofortigen Einleitung von Lohnverhandlungen in den Bezirken. Sie schlagen jedoch vor, daß die Parteien heute die Vereinbarung treffen, daß vom 20. Februar 1931 an in den Bezirken die Lohnverhandlungen aufgenommen werden. Diese Verhandlungen zwischen den Bezirksparteien sind spätestens bis zum 28. Februar 1931 zu beenden. Unabhängig davon werden die Verhandlungen über den Reichstarifvertrag in jeder Richtung, möglichst noch durch Einschlebung neuer Verhandlungssätze gefördert.“

Ueber diesen Antrag der Unternehmer berieten die Arbeitervertreter. Sie beschlossen nach eingehender Beratung, dem Vorschlag der Unternehmer zu folgen. Jedoch verlangten sie, daß die vermachene und zu nichts verpflichtende Erklärung zu den Beratungen über den Reichstarifvertrag schärfer formuliert werden müsse. Die Arbeitervertreter gaben folgende schriftliche Erklärung ab: „Die Arbeiterverbände sind damit einverstanden, daß die Lohnverhandlungen zwischen den Parteien der bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife in der Zeit vom 23. bis 28. Februar 1931 stattfinden sollen. Voraussetzung dafür ist, daß bis zum 20. Februar der Reichstarifvertrag in seinen Hauptpunkten festgelegt ist.“

Man sollte meinen, daß die Unternehmer diesen Vorschlag, wenn sie es mit den Reichstarifvertragsverhandlungen ehrlich meinen, hätten annehmen müssen. Aber weit gefehlt! Sie erklärten, diese Bindung sei zu scharf und unbegrenzt. Und als dann in den weiteren Verhandlungen die Arbeitervertreter die Punkte, auf deren Erledigung sie ganz besonderes Gewicht legen, ganz scharf umrissen hatten, erklärten die Unternehmer auch dies für unannehmbar! Dieses Verhalten offenbarte die Absicht des Unternehmers in greller Weise. Ihnen kommt es nur auf die Löhne an; der Reichstarifvertrag, von ihnen in schlechten Zeiten als eine Fessel empfunden, möge zum Teufel fahren! 75 Prozent der Bauarbeiter sind ja heute arbeitslos, und draußen im Lande liegt dicker Schnee. Das steigert das Selbstbewußtsein dieser Herren. Daß auch einmal andere Zeiten kommen, das imponiert ihnen nicht. Die Lohnabbaupsychose hat sie in stärkster Weise ergriffen. Jahrelang hat man ja gegen die „hohen“ Bauarbeiterlöhne mobil gemacht. Jahrelang erzählt und läßt man ja, daß die hohen Baukosten nur herrühren von den „übermäßig hohen“ Bauarbeiterlöhnen. Und nun glaubt man, im Angesicht der allgemeinen Lohnabbaupsychose und der überaus schlechten Bauwirtschaft den Bauarbeitern das Fell über die Ohren

ziehen zu dürfen. Und das soll in doppelter und dreifacher Weise geschehen. Herunter mit den Löhnen! Einschränkung der sozialen Bestimmungen im Reichstarifvertrag! Fort mit Ferien und sonstigen materiellen Vorteilen aus dem Reichstarifvertrag! Das ist das Kampfgeschrei, das heute die baugewerblichen Unternehmerverbände beherrscht!

In letzter Stunde verhandelte man noch in einer engeren Kommission. Aber auch hier kam keine Annäherung zustande. Die Gegenvorschläge der Arbeiter erschienen den Unternehmern unannehmbar. Wenn dies das letzte Wort der Arbeitervertreter sei, dann hätten Weiterverhandlungen keinen Zweck. Man könne sehr wohl gleichzeitig über den Reichstarifvertrag und über die Löhne verhandeln. Es könne ja so kommen, daß keiner der Hauptpunkte angenommen würde und dann schwebten die Lohnverhandlungen, dieser Herzenswunsch des Unternehmertums, in der Luft. Die Arbeitervertreter hätten bei ihren Anträgen nur an sich gedacht. Ein Teil der Mitglieder der Unternehmerorganisationen seien der Meinung, daß eine tariflose Zeit jetzt vorzuziehen sei. Aus allen Reden der Unternehmer ergab sich ihre Abneigung gegen den Abschluß eines Reichstarifvertrages, der auch den Arbeitern Lebensrecht läßt! Ja, die Herren wurden sogar noch deutlicher! Sie erklärten, man müsse etwas „in der Hand“ haben; wenn man über die künftigen Löhne klar sehe, dann könne man vielleicht auch bei Schaffung des Reichstarifvertrages in milderer Form auftreten. Das bedeutet also, daß man die Bauarbeiter unter allen Umständen an den Löhnen schröpfen und danach zusehen wolle, was man dann gnädig im Reichstarifvertrag noch zugehen könne. Unsere Vertreter beharrten selbstverständlich auf ihrem Standpunkt. Sie sagten, daß es bei gutem Willen sehr wohl möglich sei, die Verhandlungen über den Reichstarifvertrag so zu fördern, daß man im letzten Drittel des Februar klar sehen und dann über die Löhne verhandeln könne. Aber alle Vorstellungen nützen nichts. Schließlich erklärten die Unternehmer, sie sähen keine Möglichkeit, noch weiter verhandeln zu können. Damit wären die Verhandlungen endgültig gescheitert.

Als Kuriosa sei erwähnt, daß der „Industrieverband für das Baugewerbe“, der sogenannte „Kaiserverband“, sich ebenfalls an die Unternehmerorganisationen gewandt hatte, um an den Verhandlungen als künftiger Vertragskontrahent teilnehmen zu dürfen. Er hatte auch gleichzeitig Anträge zum Reichstarifvertrag eingereicht. Kurios ist dieses Ansuchen insofern, als der Kaiserverband erst am 5. Februar seine Anträge zum Reichstarifvertrag einreichte, also zu einem Zeitpunkt, an dem die beiden Parteien bereits verhandelt hatten. Kurios auch insofern, als ausgerechnet der Kaiserverband am gleichen Tage zur Schaffung einer Einheitsfront aufrief. Ausgerechnet der Kaiserverband, ausgerechnet diese Zersplitterterorganisation ruft auf zur Einheit und Einigkeit! Kurios ist das Verhalten dieser Auchorganisation auch insofern, als die Unternehmer während der Verhandlungen erklärten, die Anträge dieser „radikalen“ Organisation bewegten sich in weit mäßigeren Grenzen als die Anträge der „reformistischen“, bisher am Reichstarifvertrag beteiligten Arbeiterorganisationen. Unsere Vertreter sagten den Unternehmern: „Bitte schön, dann schließen Sie doch mit diesen Leuten einen Vertrag ab!“ Darauf wurde ihnen geantwortet: „Obgleich die Vorschläge vom Kaiserverband in vielen Fällen weit günstiger seien für die Unternehmer, wollten sie dennoch mit diesen Leuten keinen Vertrag...“

Die Unternehmer wollen keine Einigung. Sie wollen die ohnehin von Elend und Not gedrückten Bauarbeiter in jeder Weise knebeln und in ihrer beschränkten Existenz noch mehr herabdrücken. Die Unternehmer wollen verdienen, und zwar möchten sie viel verdienen auch bei schlechter Bauwirtschaft! Glaube keiner, daß bei einer Lohnschöpfung der Bauarbeiter auch nur eine Wohnung mehr gebaut würde! Die Bauunternehmer wollen ihre Lage verbessern auf Kosten der Armen der Armen, der bereits zu Gelegenheitsarbeitern herabgesunkenen deutschen Bauarbeiter! Dagegen wehren wir uns! Dagegen werden wir unsere ganze Kraft einsetzen! Unsere Kollegen im Lande mögen dafür sorgen, daß die Organisation gerüstet dasteht! Dem Lohnabbauwimmel der Unternehmer setzen wir entgegen den geeinten Willen der deutschen Bauarbeiterschaft, sich ihre magere Existenz nicht noch mehr schmälern zu lassen!

Der Tanz um das goldene Kalb.

Ob manchem „Wirtschaftskenner“ werden schon ob unserer Ueberschrift die Haare zu Berge stehen. Ihrer Meinung nach könne man unmöglich die Probleme auf eine solche „Agitationsformel“ bringen. Von diesen „Wirtschaftskennern“ aber, die die Wirtschaft ausgerechnet auf Kosten der minderbemittelten Schichten des Volkes sanieren wollen, bekommt jetzt einer nach dem anderen „die Nase voll“. Fünf Millionen Arbeitslose ist für sie eine schlechte Empfehlung.

Herr Dr. Brüning, des Deutschen Reiches Kanzler, hat kürzlich auf der Tagung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ein großes Wort ausgesprochen: „Der Kampf geht diesmal um die Wahrheit, endlich einmal nach 16 Jahren!“ Die Reichsregierung wird sich noch ganz anders anstrengen müssen, wenn sie dem großen Wort ihres Chefs gerecht werden will. Denn wir müssen wieder einmal feststellen, daß in der Sozialpolitik keine Wandlung zum Besseren eingetreten ist. Noch immer glaubt die Reichsregierung, zur Sanierung der Wirtschaft sei auch Lohnabbau unumgänglich notwendig. Ueberdies sind bekanntermaßen eine Reihe Steuern verordnet worden, die zu dem nicht eingetretenen allgemeinen Preisabbau eher eine Verteuerung gebracht haben. In der amtlichen Sozial- und Lohnpolitik wird trotz Mißerfolg in der Preisabbauaktion die bisherige Linie eingehalten. Die Reichsregierung hat unzweifelhaft bei der Lohnsenkungsaktion den größten Erfolg gehabt.

Zu wiederholten Malen, so auch jetzt wieder in der Reichstagsitzung vom 4. Februar, hat der Reichsarbeitsminister Stegerwald gesagt: „Es ist ein großer Irrtum, wenn manche Wirtschaftskreise glauben, daß alle Erleichterungen nur von der Lohnseite her kommen. Es ist ein Trugschluß, anzunehmen, daß an den Soziallasten noch Milliarden gespart werden können.“ Im Gegensatz zu Herrn Dr. Stegerwald sind wir der Meinung, daß wahrhaftige Wirtschaftspolitik nicht nur „an der Lohnseite“ vorübergehen dürfe, sondern sogar müsse. Die Wirtschaft kann nur dann saniert werden, wenn man „die Lohnseite“ zunächst mindestens auf ihrem jetzigen Stand beläßt, die Löhne nicht abbaut, mit dem Ziel, in wirtschaftlich günstigeren Zeiten die Löhne weiter aufzubauen. Das stärkt den Binnenmarkt, dessen Pflege sich die deutsche Wirtschaft mehr als bisher angelegen sein lassen mußte. Reichskanzler Dr. Brüning hat im vorigen Monat in recht unparlamentarischer Weise erfahren, wie die Industriellen im gemiedlichen Sachsen über seine Regierung und ihre Pläne denken. Zwar hat er auch dort manches richtige Wort gesagt, aber am besten gefallen hat uns doch Wehmerat Dr. Riem, Ministerialdirektor im sächsischen Wirtschaftsministerium, der mit großem Recht auf die heute noch allenthalben, wenn auch nicht bei jedem Industriellen oder Landwirt, bekannte beklagenswerte Tendenz hinwies, „daß die Industriellen-Söhne nicht mehr so bescheiden lebten wie ihre Väter, und im Gegensatz zu früheren Generationen einen Luxus entfalten, der sich nach innen und außen schädlich auswirke. Es sei unmöglich, den Abbau der Soziallasten zu fordern, solange nicht der Luxus abgebaut würde.“ Ob dieser Feststellung, deren Richtigkeit man im landwirtschaftlichen Osten ebensogut wie im industriellen Westen aller Tage bestätigt finden kann, natürlich großes Hallo bei denen, die heute beim Tanz um das goldene Kalb Vorfänger sind. Es geht in diesem politischen und sozialpolitischen Kampf um die Entscheidung, welches Maß der Last des verlorenen Krieges, der Reparationen und der Folgen der Rationalisierung auf die Schultern der einzelnen Schichten des Volkes gelegt werden soll. Die Reichsregierung hat in diesem Kampfe nicht viel gelernt. Nur so ist es zu verstehen, daß am 4. Februar Dr. Stegerwald im Reichstag ebenfalls zum soundso vielen Male erklärte, „es sei unmöglich, in den verschiedenen Industrien und Berufszweigen die Löhne durch die Staatsmacht auf der bisherigen Höhe zu stabilisieren. In einer Zeit der großen Arbeitslosigkeit würde man dadurch politisch und sozial mehr zerschlagen, als man wirtschaftlich aufbauen kann. Die Regierung werde bestrebt sein, in das Tarifvertragswesen größere Elastizität hineinzubringen“. Wer so redet, übernimmt damit die moralische Verantwortung für alle Lohnabbau-Schiedsprüche. Es ist nicht auffällig, daß die Thesen Stegerwalds heute in manchen Lohnabbaubegründungen wiederzufinden sind. So unter anderem beim Schiedspruch im Buchdruckgewerbe. Dieser Schiedspruch setzt ebenfalls die Löhne herab, und zwar mit der Begründung, daß „schon die große Arbeitslosigkeit im deutschen Buchdruckgewerbe deutlich genug zeige, daß es auch dem Buchdruckgewerbe wie anderen Gewerben nicht gerade sehr gut geht, und daß eine Preisherabsetzung im Buchdruckgewerbe und eine Erleichterung in der Lohnfrage wünschenswert scheint“. Also Stegerwaldsche Gedankengänge haben sich, wie wir

neidlos bekennen müssen, auch hier durchgesetzt. Man glaubt, die Arbeitslosigkeit durch Schwächung der Kaufkraft beheben zu können. Solche „Sozialpolitik“ treibt zur Katastrophe! Darüber sollten sich besonders die verantwortlichen Leiter der Reichspolitik klar sein!

Auch die Stegerwaldsche „größere Elastizität im Tarifvertragswesen“ findet bei den Unternehmern besondere Gegenliebe. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 4. Februar 1931 formuliert in einem Aufsatz, der den freien Gewerkschaften, weil sie einem 20prozentigen Lohnabbau im Hüttenwerk Ruhrort-Neiderich strikt ablehnend gegenüberstehen, die Frage so, als wenn es nur noch zwei Wege gäbe: Lohnsenkung oder Lohnzusammenbruch? Den freien Gewerkschaften wird ob ihrer ablehnenden Haltung Unverständnis nachgesagt. Es ist selbstverständlich, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ein Klagegedicht anstimmt von den „überhöhten Unkosten“ des Kohlenbergbaus und der Schwerindustrie. Sie verrät dann aber nebenbei, daß man „noch keineswegs die Lohnsenkung als eine Maßregel zur unmittelbaren Ueberwindung der Krise zu betrachten braucht. Sie ist in erster Linie dazu notwendig, um den von der Krise ausgehenden Druck auf Preisniveau und Beschäftigungsgrad so aufzufangen, daß nach Möglichkeit ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit verhütet wird“. Also, nun ist selbst die Lohnsenkung kein Mittel mehr zur Ueberwindung der Krise, sondern lediglich zur Senkung der Selbstkosten. Da man das nicht so offen sagen kann, fügt man noch hinzu, „um ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verhüten“. Diese armen Industriellen, die von den Selbstkosten fast erdrückt werden, bringen aber durchweg nicht nur immer noch so viel auf, daß gnädige Frau an der Riviera sitzen können, allwo auch der teure Gatte ab und zu auf Besuch fährt, sondern sie haben für die Förderung der nationalsozialistischen Bewegung und des Stahlhelms immer noch eine offene Hand, wemgleich auch Kirdorf kürzlich seinen gelben Sumpfpflanzen einen finanzpolitischen Tritt in den Hintern gegeben haben soll. Auch für andere Zwecke ist Geld da. So hat beispielsweise der führende sächsische Industrielle, der Präsident der Industrie- und Handelskammer Dresden, Richard Wolff (Cosmannsdorf), Riesensummen dem Quacksalber Laufing hingegeben, von dem nicht nur Leute wie Ludendorff, sondern auch „Wirtschaftsführer“ glaubten, daß er auf chemischem Wege Gold herstellen könne. Nun sage noch einer, daß die deutschen Unternehmer nicht um das goldene Kalb tanzen! Einige von ihnen haben sogar um ein Kalb getanzt, das nicht golden war, sondern nur verpöcht, aus Drecks Gold zu machen. Wie muß sich da der Herr Reichskanzler vorkommen, der in seiner großen Rede in Köln bat, sich wieder zu überlegen, was der Pfennig wert ist, wenn man für Quacksalbereien viele Tausende, für Lohnerhöhungen aber keinen Pfennig über hat.

Immer noch ist aus dem Reichsarbeitsministerium nichts zu hören von der dringend notwendigen weiteren Verkürzung der Arbeitszeit. Und die, die so gern von der Elastizität der Tarifverträge reden, lassen es zu, daß die Schlichter sich auf formalrechtliche Gründe berufen können, wenn sie die Forderungen der Gewerkschaften, auf weitere Verkürzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Unterbringung von Arbeitslosen, unbeachtet lassen. So beim Abschluß der Kämpfe in der Berliner Metallindustrie, so auch beim neuerlichen Schiedspruch im Buchdruckgewerbe. Immer wieder formalrechtliche Gründe für die Ablehnung der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Regierung, die so viel Notverordnungen erlassen hat, sollte endlich auch eine herausgeben, die die 40-Stunden-Woche verordnet und strenge Maßnahmen trifft bei ihrer Ueberschreitung; und noch strengere bei Ueberschreitung besonders des Achtstundentages. Erkenne man endlich an verantwortlicher Stelle, daß der Kampf um die Wahrheit, von dem der Reichskanzler sprach, auch das Erkennen der Tatsache in sich birgt, daß trotz aller großen Not beim werktätigen Volk eine zahlenmäßig weit geringere Schicht unbekümmert ihren Tanz um das goldene Kalb, ihren Kampf um den Profit fortsetzt. Schluß mit jedem Lohnabbau, nieder mit allen „formalrechtlichen Gründen“, her mit der 40stündigen Arbeitswoche!

Das Baujahr 1930.

Die ersten Statistiken, die einen Anhalt für die endgültige Beurteilung der Bautätigkeit im abgelaufenen Jahr zu bieten vermögen, liegen nurmehr vor. Sie sind niederschmetternd. Der Abstieg der Baukonjunktur, der sich schon 1929 angebahnt hatte, hat sich 1930 in wesentlich verstärktem Tempo fortgesetzt. Konnte man 1929 noch nicht von einer ausgesprochenen Krise reden, so bleibt für das vergangene Baujahr gar keine andere Bezeichnung übrig.

Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Zweifelhaft kann höchstens sein, in welchem Grade die Bautätigkeit zurückgegangen ist. Das Institut für Kon-

junkturforschung veranschlagt den Ausfall an Bauvolumen gegenüber 1929 mit 1,8 Milliarden oder etwa 20% der für jenes Jahr auf 8,9 Milliarden geschätzten Produktionsleistung. Nimmt man die Zahl der beschäftigten Bundesmitglieder zum Maßstab, so kommt man zu einem noch ungünstigeren Ergebnis. Im vergangenen Jahr blieb die Zahl der beschäftigten Bundesmitglieder hinter der des Jahres 1929 um mehr als ein Viertel zurück. Geht man mit dem Institut für Konjunkturforschung davon aus, die Bautätigkeit habe 1929 einen Wert von insgesamt 8,9 Milliarden erreicht, so würde dieser Satz einem Betrage von etwa 2¼ Milliarden Mark gleichkommen, den Ausfall, den das Institut für Konjunkturforschung schätzt, also um etwa eine halbe Milliarde übersteigen. Ob unsere Berechnungen oder die Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung absolut zuverlässig sind, mag unentschieden bleiben. Dagegen glauben wir unserer Berechnung mehr Zuverlässigkeit zusprechen zu müssen, als der Schätzung des I. f. K., weil wir uns auf wesentlich bessere Unterlagen stützen können. Nicht ausgeschlossen ist übrigens, daß der Ausfall von 2¼ Milliarden hinter der Wirklichkeit noch zurückbleibt, da die Summe von 8,9 Milliarden, auf die das Institut für Konjunkturforschung die Bauproduktion des Jahres 1929 schätzt, aus gewissen, hier nicht weiter verfolgbareren Gründen eher zu gering erscheint.

Daß diese Verhältnisse auf die Arbeitslosigkeit im Bund stärksten Einfluß gewinnen mußten, bedarf keiner Erläuterung. Die Arbeitslosigkeit ist denn auch sehr erheblich gestiegen. Betrug sie 1929 bereits über 28%, nachdem sie 1927 und 1928 nicht einmal 19% erreicht hatte, so stieg sie im vergangenen Jahr auf mehr als 44% und stellte damit einen in jeder Beziehung bedauerlichen Rekord auf.

Das Institut für Konjunkturforschung dehnt seine Untersuchungen auch auf die Hauptgebiete der Bautätigkeit aus. Dabei kommt es zu dem Ergebnis, daß die Einschränkungen im einzelnen sehr unterschiedlich waren. Der Industriebau soll um nur etwa 10% = 300 Millionen, der Wohnungsbau um 15% = 500 Millionen und der öffentliche Bau um 37% = eine Milliarde eingeschränkt worden sein. Inwieweit sich diese Feststellungen mit der Wirklichkeit decken, ist schwer zu entscheiden. Bestimmten darf man wohl der Feststellung, die öffentliche Bautätigkeit sei unverhältnismäßig stärker zurückgegangen als die Beschäftigung im Wohnungsbau und im Industriebau. Maßgebend hierfür dürfte vor allem die überaus trostlose Entwicklung der öffentlichen Finanzen gewesen sein. Weder bei dem Reich, noch bei den Ländern oder den Kommunen war die finanzielle Lage derart, daß die Fortführung der Bautätigkeit auf dem bis dahin üblichen Niveau möglich gewesen wäre. Eine ganze Reihe von Umständen trafen hier zusammen. Auf der einen Seite war es nicht möglich, der immer stärkeren Anschwellung der Ausgaben entgegenzutreten, auf der anderen Seite zeigte sich, daß nicht einmal mit dem Eingang der in den Etats veranschlagten Mittel gerechnet werden durfte. Der in solchen Fällen sonst übliche Ausweg, das Defizit durch Anleihen oder Steuererhöhungen zu decken, erwies sich als ungangbar. Steuererhöhungen hätten, nachdem die Unternehmerhaft monatelang durch den Mund der sonst ernstzunehmenden bürgerlichen Presse auf die Notwendigkeit von Steuernsenkungen aufmerksam gemacht und die Regierung diesem Standpunkt öffentlich beigetreten war, den Ausbruch einer panikartigen Krise nach sich ziehen können; die Aufnahme von Anleihen verbot sich angesichts der fortschreitenden Zuspitzung am Kapitalmarkt. Nicht allein das Inland, sondern auch das Ausland hätte gestreikt; war es doch nicht einmal möglich, die Young-Anleihe, die mit allen erstklassigen internationalen Sicherungen ausgestattet ist, im Ausland unterzubringen. Praktisch hätte übrigens diese Möglichkeit von vornherein nur dem Reich und den größten Ländern offengestanden, da die Städte durch die Beratungsstelle von den ausländischen Kapitalmärkten ohnehin planmäßig abgeschnitten waren und die kleineren Länder kaum als international kreditwürdig gelten konnten. Für die Kommunen kam noch erschwerend hinzu, daß sie sich vor die Notwendigkeit gestellt sahen, ihre im Herbst 1929 stark angeschwollene Schuldenlast zu konsolidieren. So kam es zu jener groß ausgezogenen Umschuldungsaktion der Städte, die im wesentlichen von den Städten und Sparkassen gemeinsam durchgeführt wurde und dazu diente, die festgefrorenen Kredite der Sparkassen an die Städte als langfristig zu legitimieren.

Ueber diese Umschuldungsaktion haben wir in Nr. 1 des „Grundstein“ vom vorigen Jahr ausführlich berichtet. Die Befürchtungen, die wir damals aussprachen, haben sich leider voll bewahrheitet. Im Gegensatz zu den offiziellen Kommentaren, die dem Umschuldungsprogramm mit auf den Weg gegeben wurden und dahin lauteten, die Umschuldung werde die Ausleihung von Wohnungsbaukrediten durch die Sparkassen nicht in Mitleidenschaft ziehen, haben wir schon damals nachgemessen, daß die Herabgabe von Wohnungsbaukrediten unmöglich unberührt bleiben könne, die optimistische Annahme des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, der Spareinlagenzuwachs 1930 werde hinter dem des Jahres 1929 um nur 200 Millionen zurückbleiben, sogar als gegeben angenommen. Tatsächlich ist dann auch die Herabgabe von Wohnungsbaukrediten durch die Sparkassen im vergangenen Jahr beträchtlich zurückgegangen, eine Tatsache, die um so bedauerlicher ist, als die Sparkassenhypotheken vor denen anderer Finanzierungsinstitute manches voraushaben, was sie schlecht hin unerlässlich macht. Auch die Ausleihungen der Sozialversicherungsträger, im wesentlichen der Invalidenversicherung und der Angefalltenversicherung, sind zurückgegangen. Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine gewollte Milderung der bis dahin beobachteten Kreditpolitik sondern um eine erzwungene Einschränkung in der Befähigung der Kreditgewährung. Ursache hierfür war das Verhalten des Reiches gegenüber den Anstalten. Die erzwungene Abgeltung des Reichsbetriebs in Reichsschahenweisungen vom Jahre 1929 konnte sich erst im vergangenen Jahr voll bemerkbar machen; dazu trat im Frühjahr vergangenen Jahres die zwangsweise Uebergabe von 150 Millionen in Reichsbahnvorzugsaktien, die Halbierung der Ueberweisungen aus den Getreidezöllen, die 20 Millionen kostete, die Ueberweisung der Zahlungen aus der Ley Brüning in Schatzwechseln, womit weitere 21 Millionen festgelegt wurden, und endlich die Aufbahrung der Kosten für die Rentenzahlung und den Markenverkauf, die bis dahin bei der Reichspost gelegen hatten. Damit waren die Sozialversicherungsinstitute ihrer Bewegungsfreiheit



Unterhaltung und Wissen



Grüne Heringe . . .

Das war damals, als die Inflationszeit die herrlichsten Weiden schlug, im Jahre 1923. Damals war auch die Zeit der grünen Heringe. Nachmittags nach Arbeitschluss hatte ich einen gemütlichen Skat abgezogen und beim Abschied wurde dann auch von grünen Heringen geredet. Mein Schwiegervater meinte, sie seien in diesem Jahr besonders billig und meine Frau sagte, sie könnte für uns mal so zehn Pfund grüne Heringe zurechtmachen.

Am nächsten Tage half ich einen verstorbenen Bundeskollegen beerdigen. Ich hatte mich zu diesem Zwecke von der Arbeit freigemacht und meinen besten Rock angezogen. In meiner Abwesenheit kaufte zu Hause meine Frau von einem vorbeifahrenden Händler zehn Pfund grüne Heringe.

Mein Schwiegervater, der als Invalide ziemlich viel freie Zeit hat, besucht häufig den Markt. Er tat dies auch an jenem Morgen. Und weil meine Gattin Nimi von grünen Heringen gesprochen hatte, kaufte er zehn Pfund und brachte sie ihr hin.

„Na, ich habe zwar schon zehn Pfund gekauft“, sagte meine Frau, „aber wir sind sieben Mäuler und werden wohl diese zehn Pfund auch noch mitverdrücken können.“

Indessen kam mein Schwager bei Marktschluss gerade am Markt vorbei. Die Händler wollten räumen und boten grüne Heringe weit unter Preis an. Mein Schwager erstreckte fünfundsiebzig Pfund, bestimmt die Hälfte für sich und die andere Hälfte für Nimi, die gestern davon gesprochen hatte. Als er damit bei meiner Gattin vorspricht, wehrt sie zunächst ab, weil sie mit dem Zeug schon reichlich versehen ist; läßt sich aber dann doch, in Anerkennung des guten Willens meines Schwagers, überreden und behält von den fünfundsiebzig Pfund zwölf Pfund da. Damit hatte sie zweiunddreißig Pfund Heringe.

Mittlerweile hatten wir unseren verstorbenen Kollegen zu Grabe getragen. Bei Bauarbeitern ist es üblich, auf die friedliche Ruhe des Verstorbenen in irgendeinem Lokal ein stilles Gläschen zu trinken. Um zwei Uhr mittags begab ich mich heiter und vergnügt nach meiner Wohnung.

Unterwegs fällt mein Blick auf zwei Heringstinnen, die friedlich vor einem Geschäft lagerten. Ich glaubte, meiner Frau einen Gefallen zu tun, im Gedanken an das gestrige Gespräch, und forderte zehn Pfund grüne Heringe. Das Quantum wurde abgemogen und sollte in Zeitungspapier verpackt werden. Aber ich hatte Angst um meinen schönen Anzug und ersuchte das Fräulein, die Heringe in einer festen Pappschachtel zu verpacken. Sie fand auch eine solche Schachtel und packte die Heringe hinein. Aber nun war die Schachtel erst knapp zur Hälfte gefüllt. „Ach was“, sagte ich, „zu Hause sind sieben hungrige Mäuler, die mögen sich mal richtig sattessen. Packen Sie die Schachtel nur voll.“

Ich bezahlte dreiundzwanzig Pfund grüne Heringe und krollte damit beruhigten Gemütes nach Hause.

Ich kling 'e. Nicht gerade freundlich öffnet meine Gattin die Haustür. Sie sieht die Schachtel unter meinem Arm, schnuppernd und zieht sich dann mit starr auf die Schachtel gerichteten Blicken zurück in die Küche. Etwas verdattert sehe ich mein Paket auf den Tisch und öffne den Deckel.

„Mein Gott, grüne Heringe!“ So stöhnt meine Gattin und sinkt auf den nächsten Stuhl.

„Ja, Mutter, was ist denn los?“ Mutter deutet nach der Spülsteckle und nun wird mein Hals länger und länger. Vier nicht ganz kleine Schüsseln voll grüner Heringe stehen bereits da. Jetzt sind es im ganzen fünfundsiebzig Pfund.

Ich will von meiner Frau Auskunft haben. Mittlerweile hat sich auch Mutter wieder erholt. Aber sie sagt nur: „Quatsch jetzt nicht, zieh den Rock aus und denn hier ran, Heringe reine gemacht!“

Nachdem ich mich eine Zeitslang damit abgequält, wird mir erlaubt, ein paar Stunden zu schlafen. Als ich wieder die Küche betreffe, sind unterdessen mit nachbarlicher Hilfe alle vorhandene und noch einige geborgte Gefäße fein säuberlich mit in Essig gelegten grünen Heringen gefüllt. Außerdem stehen zwei Pfannen voll, schön braun gebraten, neben dem gefüllten Brotkorb auf dem Tisch.



Ich verbleibe den Kindern bei strengster Strafe, etwas anderes anzurühren als die Heringe. Freudestrahelnd wird diesem Gebot gefolgt. Im Nu sind die Heringe verschwunden. Alles klopft befriedigt auf den Magen.

Am nächsten Morgen kamen auf den Tisch Brot und eingelegte grüne Heringe. Ich hätte gar nicht geglaubt, daß die Dinger frühmorgens auch schon schmecken. Vorsichtig öffnete ich aber doch mein bereits eingepacktes Frühstückspaket. „Na, Gott sei Dank, Käse!“

Als ich mittags nach Hause komme, steht Erbsensuppe auf dem Tisch mit grünen Heringen. „Wenn ihr die Heringe lieber mögt, dann laßt die Erbsen stehen“, sage ich zu meinen Trabanten.

Ganz so freudestrahelnd wurde das schon nicht mehr hingenommen. Abends gab es Bratkartoffeln mit grünen Heringen. Ich esse, sage aber schon nichts mehr. Es sieht aus, als ob die Heringe kein Ende nähmen.

Der Winter.

Der Winter zieht durch Stadt und Land
Und kleidet alles in ein weißes Gewand.
Dann verlassen ihre Willen die menschlichen Drogen,
Um wieder im Berghotel zu wohnen.
Dort sind sie frohe und satte Gäste
Und feiern prunkvolle Winterfeste.

Jedoch bei armen Leuten bleibt im Winter der Magen leer
Und immer größer wird das Arbeitslosensheer.
So bringt der Winter viel banges Leid
Und magere Gestalten frieren im dünnen Kleid.
Winter ist armer Leute Schmerzenskind —
Bis daß sie alle einmal rebellisch sind! Walter Rathenau.

Am nächsten Tage mittags, Sauerkraut mit grünen Heringen. Alles sieht von den grünen Heringen fort. Ich befehle, die Heringe zu essen und drohe mit Schlägen. Als Erfolg heimlich ich einen Streik mit meiner Gattin ein.

Nach dem Abräumen geht meine Frau mit den beiden Kleinsten zur Schwiegermutter. Sie bemerkte im Fortgehen, sie möchte mal etwas anderes als grüne Heringe zu riechen bekommen. Ich arme auf. Nachdem ich die Frau weit genug fort weiß, hole ich meine drei Wurschen heran. „So, jetzt holt mal alle eure Spielkameraden herein in die Küche!“ Nach fünf Minuten sind einschließlich meiner drei Trabanten vierzehn Jungens da. Alles lagert sich auf Befehl auf dem Fußboden. Drei große Töpfe mit grünen Heringen werden auf den Fußboden gestellt. „So, Jungens“, sage ich, „wenn die alle sind, dann kriegt jeder von mir zwanzig Mark.“ Das war nicht viel. Wir schrieben ja 1923. Nach zehn Minuten waren alle Fische spurlos verschwunden.

Das ist die Geschichte von den grünen Heringen. Glaubt ihr, daß meine Frau und ich grüne Heringe lange nicht riechen konnten? S. Wogelfang, Oberhausen.

Gesellenprüfung.

Die hier folgende Szene ist der im „Bühnenzeitung“, Berlin SW 61, erschienenen Selbstbiographie „Aus der Zeit der Gesellen“ von Adam Scharer entnommen. Das Buch kostet nur 4,80 M.

Ich mußte sehen, wie ich die drei Monate noch herumbrachte. Wenn ich an der Drehbank stand — ich arbeitete meistens an der Drehbank —, spann ich schon die kühnsten Pläne. Ich vernahm auch, daß Meister Schindelbek mich zu einem Hundelohn gern behalten wollte. Und ich war klug genug, ihn bei diesem Glauben zu lassen.

Denn ich brauchte Geld! Wenn Vater und Mutter mir immer die Katen mitgaben von den 150 M Lehrgeld, schweigend, oft schwer seufzend, und ich darüber nachdachte, welche Rechnungen Meister Schindelbek für die Arbeiten, die ich ausführte, ausdrieb, packte mich die Wut. Die letzte Rate von 15 M lieferte ich nicht mehr ab. Ich sagte meinem Meister, daß es meinem Vater beim besten Willen nicht möglich wäre, Geld aufzutreiben, ich würde sie als Geselle abarbeiten.

Herr Schindelbek stimmte dem zu. Die Gesellenprüfung rückte heran. Ich sollte ein Vorgelege, Riemenscheiben, Welle, Lager, Ausrücker, alles, was dazu gehört, anfertigen, bekam aber keine Zeit dafür. Ich sollte Sonntags arbeiten. Es war unmöglich, daß ich fertig wurde.

Wierzehn Tage vor der Prüfung mußte das mit dem Zeugnis des Meisters ausgefüllte Formular eingereicht werden. Ich brachte es selbst hin und las, wie tüchtig, fleißig, ehrlich und zuverlässig ich sei. Ich überlegte: Was wird wohl in der Lücke in dem Satz: „Inhaber dieses hat die Prüfung mit Note . . . bestanden“, stehen?

Nicht bestanden? Ist auch egal! Die Bescheinigung, daß ich „ausgelernt“ habe, ist besser als gar nichts. Da gab mir mein Meister den Rat, die Brocken meines Gesellenstückes in die Ecke zu werfen und ein von der Fabrik bezogenes Vorgelege, das für eine Schleifmaschine bestimmt war, schön anzustreichen, die Welle zu polieren und es mit einem selbstgeschmiedeten Ausrücker zu versehen. Dann lud ich es auf die Karre und lieferte es ab. „Alles selbst gemacht?“

„Ja!“
Der Tag der Prüfung.
Ein anderer Schlossermeister als Prüfungsmesser, ein Zeichenlehrer, ein „Mitgeselle“ erschienen mit feierlicher Miene in der Werkstatt eines andern Meisters.

Ich sollte einen Würfel feilen und eine Spindel schneiden. Der Würfel war leidlich winklig und die Flächen waren leidlich gerade. Eine Spindel auf dieser alten Drehbank zu schneiden, das wäre einem tüchtigeren Kerl als mir wohl auch schlecht möglich gewesen. Mir war das gar nicht sehr unangenehm. „Auf dieser Bank kann man kein Gewinde schneiden“, stellte ich mit schamäntlichem Ernst fest. „Probieren Sie doch erst einmal!“

Ich schrumpfte einigemal über die Fläche hin. Es war kaum sichtbar, ob das ein Gewinde oder was sonst werden sollte. Dann warf ich das Eisen auf die Werkbank.

Ich rechnete höchstens mit Note IV. Ich war auch überzeugt, daß ich nichts anderes verdient hätte.

Ich bekam Note I bis II.

Ich mußte selber darüber lachen.
Der Spaß kostete 15 M. Vater hatte sie mir gegeben. Ich ließ sie mir von dem Meister noch einmal geben: „Ich arbeite sie ab“, beruhigte ich ihn. Meister Schindelbek war einverstanden, er brauchte einen billigen Gesellen.

Vater erwartete mich in der „Traube“ mit einem Gesicht wie ein Angeklagter, der den Freispruch erwartet oder den Tod!

„Na, Heiner, bist glücklich durchgefallen?“

„Schab's was?“

„Heiner, spann mi net aufs Rad!“

„Da!“

Er laß, senzte schwer, klappte das Büchlein wieder zu, mit einer Andacht, als hätte er während eines Gewitters in der Bibel gelesen, und bestellte zwei Maß Bier.

„Prost, Geselle!“

„Prost, Vater!“
Dann trafen ihm die Tränen in die Augen.

Die „Bonzen“.

Da war ich Bauarbeiter. So ungefähr 17 Jahre alt. Eines Mittags kam in der Baubude die Rede auf den Verband. Der Kollege, der mir am nächsten saß, spuckte verächtlich seinen Priem an die Wand und sagte: „Ich möchte keine Bonzen!“

Sofort entschloß ich mich, auch keine Bonzen zu mäßen. Der Kollege war nämlich mein heimliches Vorbild! Ich wünschte sehnlich, ihm zu gleichen in dem, was Kraft, Größe und Wetterfestigkeit anbetraf. Einem Ideal steht man kritiklos gegenüber. Was der Kollege also auch tat und äußerte — für mich galt es als richtig.

Einmal luden wir zusammen Sand. Bei der Gelegenheit erzählte er mir mehr von den „Bonzen“. Ich lernte: Bonzen sind solche, die in der Arbeiterbewegung irgendein Amt bekleiden. Sie nähren sich von den Groschen der Proleten und werden „gesund“ dabei. Erst schreien sie und schreien sie, und wenn sie einen Posten erwirkt haben, ist ihnen alles „Wurscht“!

Bald sollte ich einen Bonzen persönlich kennenlernen. Unser Bauherr, ein Fabrikant, äußerte recht temperamentvoll seine Unzufriedenheit mit den Arbeitsleistungen. Auf seine Initiative hin erhielten wir einen neuen Maurerpolier. Der war ebenso schlecht wie lang. Und niemand auf dem ganzen Bau kam ihm an Länge gleich . . .

Was er aus uns herauspressen konnte, ließ er nicht drin. Wer nicht Schritt hielt, flog. Zuletzt reichten die Leute schon nicht mehr. Da kam eine Akkordkolonne böhmischer Maurer auf den Bau. Die machten täglich Ueberstunden. Wir weigerten uns, mitzukun, und unser Delegierter brachte schließlich einen Funktionär vom Bauarbeiterverband an.

Der Bauherr geriet aus dem Häuschen. Er brüllte, daß die Ziegelkutscher Mühe hatten, ihre Pferde zu bändigen. Und als ihm die Luft ausgegangen war, erklärte er: „Bonzen“ leide ich nicht auf meinem Bau!“

Der „Bonze“ hörte alles mit großer Ruhe an. Dann nahm er das Wort und — zehn Minuten später jog unser Bauherr den Schwanz ein und flog davon.

Ueberstunden gab's auf unserm Bau künftig nicht mehr! Daß mein Kollege „Vorbild“ Bonze gesagt hatte, war mir unbedenklich erschienen, daß aber der Bauherr dasselbe Wort gebraucht hatte, das erregte mich. Die Saat meines Kollegen erstickte fast im Keime, und meine Voreingenommenheit gegenüber den „Bonzen“ geriet desto mehr ins Wanken, je mehr ich ihrer kennenlernen lernte. Immerhin, sie haben sich mühselig mein Vertrauen erringen müssen. Erst als Arbeiter in einem Textilbetrieb trat ich der Gewerkschaft bei. Wir hatten einen Chef à la Mussolini, und einen Betriebsrat, gelb wie die Windeln durchfälliger Wickelkinder. Kein Wunder, wenn die Belegschaft zu 80 % unorganisiert war.

Als es gar nicht mehr zum Aushalten in diesem Betriebe war, wurde auf Betreiben der Organisation ein „Bonze“ geholt. Dieser betrieb eine Betriebsversammlung ein, nahm Kenntnis von der Sachlage, verlas uns ein wohlverdientes Sündenregister und ging, mit unsern Vollmachten versehen, zu unserm „Mussolini“. Die ihn begleitenden Kollegen erzählten uns nachher beitere Geschichten. Die Belegschaft organisierte sich bis zum letzten Nähmädchlein. Jetzt pfliff der Wind aus einem andern Loch.

Sobald ein Arbeiter klassenbewußt wird, häufen sich seine Bekanntschaften mit den „Bonzen“ der Gewerkschaft wie der Partei. Man hört und sieht, und kann sich ein eigenes Bild machen. Deshalb ist es mir unverständlich, wenn manche Kollegen und Genossen stillschweigend oder gar beifällig feige unsere, von uns zu Funktionären berufenen Leute beschimpfen lassen. Ich halte es für bitter nötig, daß wir fest und entschlossen hinter den Menschen stehen, die wir als Führer, als unsere öffentlichen Vertreter erwählten. Ihre Persönlichkeiten stehen stets im Brennpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit. Haß und Niedertracht umbranden sie am ehesten. Die Gegner der sozialistischen Bewegung richten ihre Angriffe in erster Linie auf sie. Wir fordern von ihnen, daß sie unsere Interessen vertreten sollen, das heißt in der jetzigen Gesellschaftsordnung: kämpfen! Dafür werden sie bezahlt? — Am — kann man für Geld allein alle die Eigenschaften haben, die einen Menschen zum Kämpfer machen? — Ich bin überzeugt, daß mehr dazu gehört! Das Vertrauen aus unsern Reihen muß die Kraftquelle unserer Funktionäre sein! — Die Masse steht hinter mir! — das muß auch der kleinste Funktionär im kleinsten Dorf fühlen!

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gelpert sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Geesbacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schwalb in Emden wegen Tarifbruch; für Deckenrohre die Firma Paul Sanick in Hannover wegen Nichtanerkennung des Tariflohnes.

Stukkateure und Putzer: Die Stuckfirma Richard Biedke in Königsberg i. Pr. ist wegen Lohnunterschieden gelpert.

Fliesenleger: Gelpert ist in München die Firma Norbert Berger; in Wuppertal (Barmen-Elberfeld) wegen Lohnunterschieden das Plattengeschäft Junkersfeld; in Krefeld wegen Tarifdifferenzen die Firma Weisz.

Töpfer Gelpert sind: In Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg/W. die Firma Mez Kaczowski wegen Zahlung untertariflicher Löhne, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnike und Emil Böhm, in Schwerin in Mecklenburg die Firma Brodmann, Ofenfabrik und Seßgeschäft.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Erfurt (Jugendleiterkonferenz.) Auf der Jugendleiterkonferenz in Erfurt am 1. Februar waren 22 Baugewerkschaften mit 34 Jugendabteilungen vertreten. Die Zahl der im Bezirksverband organisierten Lehrlinge war Ende des vorigen Jahres 2020. Die Zahl der arbeitslosen Lehrlinge war im Juli 339, im August 422, im Dezember 1252. Im November 1930 wurde vom Bezirksvorstand eine Werbewoche eingeleitet, die guten Erfolg hatte. In Erfurt wurde in der Berichtszeit ein Kursus abgehalten, eingerichtet von den Unternehmern, bei dem die Lehrlinge in lehrwerkstattähnlicher Art zusammengekommen wurden, um — nach dem Ausspruch eines Unternehmersyndikats — „die Seele des Arbeiters“ mit zu erfassen. Wir werden diesen Herren bei ihren Maßnahmen auf die Finger sehen müssen. Ausführlich gesprochen wurde über die Schriften für die Jugendleiter, Materialmappen, Modellfeinbeschaffung, Zusammenarbeit mit den Berufsschulen und Gesellenausschussmitgliedern, Vorbereitung der Jugendbildungswochen und die Erfassung der jungen Kollegen im Bunde in größerem Maße als bisher. In einem besonderen Referat wurde berichtet über die Maßnahmen der Unternehmer zur Förderung der Ausbildung der Lehrlinge, über unsere Forderung zur Schaffung einer Lehrlingsordnung und über die durch die neuen Urteile und Entscheidungen geschaffene Rechtslage in Lehrlingsfragen. Eine ausführliche Aussprache ergab weitere Anregungen.

Aus den Baugewerkschaften

Bernau. In unserer Jahresversammlung am 31. Januar gab der Vorsitzende Hermann Heise den Jahresbericht. Gegenüber früheren Jahren waren diesmal im Baugewerkschaftsgebiet nur 70 % der sonst darin beschäftigten Kollegen tätig. Trotzdem zählen wir 567 Mitglieder gegenüber 551 im Vorjahre. Viel zu schaffen machte der Leitung der Baugewerkschaft das „unentwachte“ Verhalten der „Opposition“, die die Parolen der KPD, als für sich bindend erachtete. Wir werden aber wie bisher Mittel und Wege finden, durch geeignete Maßnahmen die Baugewerkschaft vor den Zersplitterungsbestrebungen der KPD zu schützen. — Ohne weitere Aussprache wurde der Vorstand mit 86 gegen 54 Stimmen wiedergewählt. Nach Bekanntgabe des Resultats verließen 33 von der KPD beeinflusste Kollegen wutkundend die Versammlung. Der gute Besuch der Versammlung läßt darauf schließen, daß das Interesse der Kollegen an der Organisation nach wie vor wachbleiben wird, trotz aller Gegenmaßnahmen der Bolschewisten. Der Stand der Baugewerkschaftskasse mit 4051,38 M kann immer noch gut genannt werden; denn es kommt in Betracht, daß wir große Wohlfahrtsausgaben gehabt haben. Die Gesamteinnahmen für die Lokalkasse betragen 12 833,79 Mark, die Ausgaben 8782,41 M. — In das bei Schluß der Versammlung auf unseren Baugewerksbund ausgebrachte Hoch stimmten die über hundert Kollegen begeistert ein.

Wiesfeld-Derlinghausen. (Ein Jubiläum.) Vor 25 Jahren übernahm unser Kollege Wilhelm Meier das Amt des Zahlstellen- und Hilfskassierers in der Zahlstelle Derlinghausen. Er gründete zusammen mit anderen Kollegen die Zahlstelle; heute ist sie eine der besten der Baugewerkschaft Wiesfeld. Meier denkt auch nicht daran, sein Amt alsbald an andere Kollegen abzutreten. Obwohl er 62 Jahre alt ist, fühlt er sich als der richtige Kassierer für seine kleine Festung am Berg. Daß es in Derlinghausen keine unorganisierten Bauarbeiter gibt, ist mit ein Verdienst unseres Freundes Meier. Für diese Tätigkeit herzlichen Dank! Möge ihm die Freude, die er an seiner Organisation und seiner Familie gefunden, nie gekürzt werden! Das ist der aufrichtige Wunsch seiner Organisation!

Wesenkirchen-Herne. Am 25. Januar tagte in Wanne-Eickel unsere Generalversammlung. Aus dem Geschäftsbericht des Kollegen Debus war zu entnehmen, daß das Jahr 1930 für unsere Kollegen sehr wenig Arbeitsgelegenheit geboten hat. Nach der Statistik haben von 1853 Mitgliedern 982 weniger als 26 Wochen gearbeitet. 215 Mitglieder haben im Berichtsjahr überhaupt nicht arbeiten können. Die Kassenverhältnisse waren auch demgemäß. Bei einem Mitgliederstand von 2046 entfallen auf jedes Mitglied 204 Mark und 28,5 Freimarken.



Für die Lokalkasse wurden vereinnahmt 50 500,57 M, ausgegeben wurden 31 887,74 M, am Schluß des Jahres verblieb ein Bestand von 18 613,13 M. Unsere Mitgliederzahl ist von 2190 auf 1902 zurückgegangen. Für die Hauptkasse wurden eingenommen 52 341,75 M, für Erwerbslosen-, Kranken- und Streikunterstützung wurden 55 801 M ausgegeben. An Streitfällen aus dem Arbeitsverhältnis mußten im Berichtsjahre 139 erledigt werden, dabei wurden 15 382 M herausgeholt. Die Jugendbewegung ist stabil geblieben. Der Bauarbeiterstreik muß noch mehr beachtet werden; die Baupolizei mußte auf unsere Veranlassung in neun Fällen eingreifen. Unsere Filmveranstaltungen und Lichtbildervorträge haben guten Anklang gefunden. — Der Vorstand wurde gegen eine Stimme wiedergewählt. Nach Schluß der Versammlung, in der die Verschlossenheit der Delegierten besonders stark zur Geltung kam, wurde noch das neu errichtete Gewerkschaftshaus besichtigt.

Guben. (Ein Jubiläum.) Im Januar jährte sich zum 25. Male der Tag, an dem unser Kollege Paul Noack in den Vorstand unserer Baugewerkschaft gewählt wurde. Als junger Maurer trat er im Jahre 1897 dem Zentralverband der Maurer bei. Seine tatkräftige Mitarbeit in der Maurerbewegung brachte es mit sich, daß ihn im Jahre 1905 die Kollegen zum Vorsitzenden wählten. Dieses Amt hat er bis zum Jahre 1919 versehen. Vor allem während des Krieges hat unser Paul die Daheimgebliebenen in bester Weise betreut und die gesamte Organisationsarbeit der damaligen Zeit auf seine Schultern geladen. Im Jahre 1919 wählten ihn seine Kollegen zum Angestellten der Baugewerkschaft. Und so versteht unser Kollege Noack in ihr noch heute das Amt des Kassierers. Wir danken unserem Paul für seine langjährige opfervolle Tätigkeit auf wärmste und wünschen ihm von ganzem Herzen Gesundheit und Frische, um sein verantwortungsvolles Amt noch viele Jahre weiter ausüben zu können!



Kassel. (Zahlstelle Dennhausen.) Auf eine 25jährige Tätigkeit als Kassierer unserer Zahlstelle kann unser Kollege Andreas Arend zurückblicken. In stets treuer Pflichterfüllung hat er sein Amt verwaltet. Seit Jahrzehnten ist er Mitglied der SPD, und vertritt im Gemeindepalament die Interessen der Arbeiterschaft. Bei einer kleinen Feier zu Ehren des Jubilars überbrachte Kollege Löwer die Glückwünsche des Bundes und überreichte die vom Bund gestiftete Ehrengabe. In einer Ansprache würdigte Löwer die Verdienste des Kollegen Arend.

Ulm. Unserem Bundesvorsitzenden Nikolaus Bernhardt hat der Gemeinderat von Bühl, dem Geburtsort des Kollegen Bernhardt, das Ehrenbürgerrecht verliehen. Das ist für die Arbeiterschaft von Bühl ein doppelt freudiges Ereignis, als die Verleihung des Ehrenbürgerrechts mit dem 25jährigen Hochzeitsjubiläum des Kollegen Bernhardt zusammenfällt. Die Bühler Arbeiterschaft bringt ihm zu seinem Ehrentag die besten Glückwünsche dar und wünscht ihm noch lange Jahre erfolgreichen Wirkens für die organisierte Arbeiterschaft!

Aus den Fachgruppen

Asphaltierer. Berlin. (Jahresbericht.) Auch für das Asphaltgewerbe Berlins war das Jahr 1930 das ungünstigste seit dem Jahre 1924. Sogar im Hochsommer wurde vielfach verkürzt gearbeitet, damit die langjährigen Stammarbeiter nicht entlassen zu werden brauchen. Die paar Neubauten waren in zwei bis drei Wochen erledigt. Bei den von den Stadtbezirken vergebenen Arbeiten wurden die Firmen verpflichtet, stets 50 % Wohlfahrtsarbeiter einzustellen. Da die Kollegen, die Wohlfahrtsempfänger waren, in solchen Bezirken vielfach nicht ausreichten, mußten die Firmen berufsferme Arbeiter einstellen. — Das Lohnabkommen wurde am 15. Februar gekündigt. Mehrmalige Verhandlungen brachten keine Einigung. Auch das Schlichtungsverfahren war ergebnislos. Es wurde empfohlen, daß die Parteien nochmals verhandeln. Schließlich wurde der gekündigte Tarif unverändert bis zum 31. März 1931 verlängert. Bei einigen kleinen Firmen, die 80 bis 90 Mann beschäftigten, konnte eine Stundenloohnerhöhung von 2 bis 5 % durchgesetzt werden. Angesichts der schlechten Beschäftigungsmöglichkeiten glaubten die Unternehmer, den Arbeitern mehr bieten zu dürfen als sonst. So haperte es vielfach mit den Baubuden bei Reparaturarbeiten. — Bei den Betriebsratswahlen wollte auch der sogenannte Industrieverband mitreden. Man brachte ihm jedoch gerochenerweise wenig Verständnis entgegen: in allen elf Betrieben wurden Baugewerksbündler als Betriebsräte gewählt. Das Versammlungsleben war lebhaft. Zur Regelung der Kaufkraft-, Baubuden- und Ueberstundenfrage wurden vom Obmann etwa hundert Baustellen besucht. Von unseren Baubüden wäre zu fordern, bei Vergebung von Arbeiten die betreffenden Firmen auf ihre Tarifstrenge zu prüfen. Die Schlichtungskommission tagte zweimal, jedesmal wurde zu Gunsten der Kollegen entschieden. Die Zahl der beim Arbeitsnachweis eingetragenen Kollegen ist im Berichtsjahr nie unter 300 Mann gesunken. Insgesamt wurden 539 Kollegen vermittelt.

Betonarbeiter. Köln. In der Jahresversammlung der Fachgruppe am 1. Februar gab der Obmann, Kollege Dremke, einen Bericht über das vergangene Geschäftsjahr. Er betonte, daß sich die Mitgliederzahl trotz der großen Arbeitslosigkeit von 415 um nur zehn, auf 405 Mitglieder verringert habe. Wenn auch der Versammlungsbesuch nicht immer so war, wie erwünscht wurde, so hatte dies seine Ursache in der langen Arbeitslosigkeit der meisten Kollegen. Trotzdem mußte aber festgestellt werden, daß der Organisationsgeist innerhalb der Fachgruppe keinesfalls nachgelassen habe. Eingehend schilderte Dremke die ergebnislosen Verhandlungen im Jahre 1930 über den Abschluß eines Akkordtarifvertrages, waren auch zum Teil die Zimmerer schuld haben. Denn nach außen hin seien von die-

sen alle Akkordarbeiten abgelehnt worden, um nachher hinter unserm Rücken mit den Unternehmern ein wildes Akkordabkommen einzugehen. Es sei zu wünschen, daß diese Zimmerer künftig mehr Solidarität beachten. Anerkannt werden müsse, daß Bundesvorstand sowie Bezirks- und Baugewerkschaftsleitung alles getan hätten, um den Betonarbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen. Alle Versammlungsteilnehmer gelobten, fester denn je zum Baugewerksbund zu stehen, um dem Unternehmertum zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, für Hungerlohn zu arbeiten. In die Fachgruppenleitung wurde als Obmann Dremke, als Stellvertreter Paul Sperling und als Schriftführer Adam Diehm gewählt.

Glaser. Leipzig. Am 24. Januar sprach in einer gut besuchten Versammlung unser Reichsfachgruppenobmann, Kollege Gräfer über Wirtschaftskrise und Gewerkschaft. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Die Aussprache ergab Einverständnis mit dem Inhalt des Vortrages. In der Arbeitslosenversicherung wurde Kritik geübt. Die Rahmennacher sind in der regelrechten Erwerbslosenversicherung, wohingegen die Bau- und Blankglasler unter die Sonderunterstützung fallen. Es wird gewünscht, daß dahin gestrebt wird, in diesem Unterstützungszweig alle Glasler gleichmäßig zu behandeln. — Die Innung hat uns am 30. Januar die Kündigung des Tarifs zugestimmt. Auch sonst sind alle Lohnabkommen in Sachsen für Ende Februar gekündigt. Beschwerden wurden gemeldet vom Arbeitsnachweis wegen der Vermittlungs- und Stempelzeit. Der Obmann soll diese Angelegenheit untersuchen. In einem Betrieb sollen Ueberstunden geschoben worden sein. Bei einer Rücksprache stellte die Firma jedoch fest, daß keine Ueberstunden geleistet worden sind.

Töpfer und Fliesenleger. Coswig i. Anh. In der Fachgruppenversammlung der Scheibentöpfer am 10. Januar berichtete der Vorsitzende, Kollege Müller, über das vergangene Geschäftsjahr. Es hat vor allem in der Tarif- und Urlaubsfrage viel Arbeit gebracht. Die Einnahmen der Hauptkasse wurden durch die Ausgaben zu Lasten der Hauptkasse ungefähr aufgehoben. Auch die Einnahmen für die Lokalkasse, bedecken sich ungefähr mit den Ausgaben; es ist ein Bestand von 84,75 M verblieben. Die Stierkasse weist einen Bestand von 178,75 M aus. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Ferner wurde der Bericht von der Scheibentöpferkonferenz diskutiert, die am 7. Dezember in Coswig war, und worüber bereits im „Grundstein“ Nr. 51 berichtet wurde. Als Fachgruppenobmann wurde einstimmig Kollege Müller gewählt, als sein Stellvertreter Tunich, als Kassierer K. Schuster, als Schriftführer K. Große, als Revisor Fr. Genst. Kollege Schöpke machte noch einige Mitteilungen von der Treuhandgesellschaft der Bauhütte Anhalt. Nach Besprechen weiterer interner Angelegenheiten forderte Kollege Müller noch auf, auch im neuen Jahr fest zusammenzustecken, um ersprießliche Arbeit für die Organisation leisten zu können.

Vom Bau

Heilbronn. Wegen der schlechten Bauqualität hatte die Bauarbeiter-Kommission im letzten Halbjahr wenig zu tun. Meistens waren es kleinere Wohnungsbauten, die in 14 Tagen bis drei Wochen im Rohbau fertig sind. Zur Zeit sind nur drei größere Bauten im Gange. Zwei davon sind erst im Anfangsstadium; der dritte ist bereits fertig, läßt jedoch viel zu wünschen übrig. Unternehmer ist A. Banahaf, der wahrscheinlich nicht über genügend Gerüstmaterial verfügt, sonst würde er nicht dauernd überhand-mauern lassen. Es ist ihm wohl nicht bekannt, daß dies in Württemberg verboten ist. Unser Bild zeigt, wie Unternehmer mit dem Leben der Bauarbeiter spielen und wie die Bauarbeiter-schutzbestimmungen „eingehalten“ werden. Um den ganzen Bau herum sehen die Vorbretter. Fällt einem Maurer beim Hauen der Steine ein Stück herab, so ist es nicht ausgeschlossen, daß dies einem unten die Krane bedienenden Arbeiter auf den Kopf fällt, weil auch hier jede Abdeckung fehlt. Wir empfehlen Herrn Banahaf, künftig als Brustwehr Streichhölzer zu nehmen, die denselben Zweck erfüllen, wie die von ihm angebrachten Stöber. Wenn der Bau abgerückt wird, müssen die Maurer wahre Fassadenkletterer sein, denn es fehlen bereits alle Schappelhölzer und hinten zum Teil auch die Querlatten. Wenn ist auf der Baustelle der Unterkunftsraum viel zu klein. Wir fordern, daß die Behörden diese Mängel beseitigen lassen.

Allgemeine Rundschau

Wenn einer nicht richtig lesen kann. Ein Kollege D. K. aus Breslau sendet uns einen Brief zu unserer Rundschau mit dem Inhalt: „Donnerwetter, wir sind Kerle!“ Der Inhalt des Briefes zeigt davon, daß der Kollege nicht richtig lesen kann. Zunächst befremdet er, kein SPD-Fresser zu sein, er sei auch noch nicht in Rußland gewesen, aber er höre jeden Tag den großen Radiosender Moskau mit dem Ruf: Arbeiter aller Länder, vereinigt euch! Das imponiert dem Kollegen. Er sollte aber auch einmal daran denken, daß es vor allem die russischen Bolschewisten und ihre deutschen Lakaien sind, die zurzeit in Deutschland die Arbeiterschaft durcheinander zu bringen suchen nach dem Motto: Arbeiter Deutschlands, vereinigt euch und schlägt euch obendrein gegenseitig die Schädel ein! Doch das steht hier nicht zur Debatte. Der Kollege D. K. erzählt uns, die Partei „Donnerwetter, wir sind Kerle!“ könne kein Bauarbeiter, sondern nur ein „Serr“ geschrieben haben. Er überlegt völlig daß wir nur aus dem kommunistischen Regierungsblatt Rußlands, der „Iswestija“, zitiert haben. Nicht wir oder ein „Serr“, sondern die „Iswestija“, also eine kommunistisch ganz unverdächtige Quelle, hat behauptet, daß die Bauarbeiter trotz 40 Grad Kälte die Baustelle nicht verlassen wollten. So etwas hält unser braver Einsender für ganz unmöglich. Demnach ist eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und uns gar nicht vorhanden, denn auch wir haben dafür nur Spott übrig gehabt. Wenn nun D. K. behauptet, die Auslassung der „Iswestija“ sei „Schwindel“, dann muß er sich nicht mit uns oder irgend-

elnem „Herrn“, sondern mit der „Jawestija“ darüber unterhalten. P. K. behauptet weiter, in Deutschland gäbe es Baustellen, wo die Handwerker in den Neubauten schlafen, und noch dazu im späten Herbst. So etwas dürfe es nicht geben. Da hat er schon recht. Aber jedenfalls ist es in solchen Fällen Aufgabe der örtlichen Organisation, das zu unterbinden. Wenn nun ferner unser P. K. deshalb unzufrieden ist, weil wir über zahlreiche Mängel und Mißstände auf den Baustellen in Rußland berichten, so übersteht der gute Kollege wiederum, daß dies die „Jawestija“ getan hat. Und die „Jawestija“ berichtet auch, daß von den wertvollen Verbesserungsvorschlägen auf Bauten im letzten Vierteljahr in Rußland kein einziger durchgeführt worden ist. Das alles sagen nicht wir, das sagt die „Jawestija“. Und wiederum nicht wir, sondern das führende Blatt der russischen kommunistischen Partei, die „Prawda“, erzählt, daß die für 1931 festgesetzten Baupläne nicht in vollem Umfange durchgeführt werden können. Die „Prawda“ (nicht wir) erzählt auch, daß in Moskau auf je eine Person 5,18 qm Wohnfläche kommt. P. K. behauptet dazu allerdings, die deutschen Arbeiter hätten wohl schon viele Wohnungen gebaut, aber nicht für sich, sondern für die „Herren“ Beamten. Damit sagt er die Unwahrheit, denn wir wissen — P. K. hat dies vielleicht noch nicht beobachtet —, daß in Neubauten auch schon viele laufende Arbeiter eingezogen sind. Auch die dann folgende Notiz in unserer „Rundschau“ in der Nr. 5 wird von P. K. beanstandet. Er macht uns zum Vorwurf, wir behaupteten, der Russe könne nicht deutsch sprechen. Wir sind erfaunt, daß so etwas aus unserer Notiz herausgelesen werden kann. Es ist ganz selbstverständlich, daß, wie der deutsche nicht russisch sprechen kann, auch der russische Arbeiter nicht deutsch sprechen kann. In dieser Richtung gibt es nur vereinzelte Ausnahmen. Was in unserer Notiz „Deutsche Arbeiter in Rußland ohne Lebensmittelskarten“ gesagt wird, bezieht sich auf die russischen Behörden. Das Zentralorgan der kommunistischen Partei, „Prawda“ (nicht wir), berichtete am 9. Januar, im Petrowskischen Park arbeiteten auf einem Bau aus Deutschland eingetroffene Arbeiter. Diese Arbeiter konnte man bisher in die Hausregister nicht eintragen, weil man ihre ausländischen Pässe nicht entziffern konnte. Das heißt ins Deutsche übersetzt, daß nicht russische Arbeiter, sondern die russischen Behörden die deutsche Sprache nicht ins Russische übersetzen konnten. Diese deutschen Bauarbeiter sollen keine Bezugsbücher für Lebensmittelskarten erhalten, und die „Prawda“ (nicht wir) schreibt, daß das wahr sei, der Zwischenfall jedoch erledigt werde und die deutschen Arbeiter ihre Bezugsbücher erhalten müssen. Da dies noch nicht geschehen ist, verlangt die „Prawda“ (nicht wir) das sofortige Eingreifen der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Staatsanwaltschaft. — Alles, was also der Kollege P. K. an Vorwürfen gegen uns erhebt, müßte er den führenden russischen kommunistischen Blättern „Jawestija“ und „Prawda“ zum Vorwurf machen. Der Vorfall zeigt uns aber, in welcher Weise manche Kollegen unsere Veröffentlichungen lesen. Sie lesen sie, verspüren darin Vorwürfe gegen den „Arbeiterstaat“ Rußland; es wird ihnen dann rot vor Augen und sie polemisieren nicht gegen die zuständigen Stellen, sondern gegen die Schriftleitung des „Grundstein“. Unsere Mahnung geht also dahin: Etwas mehr Selbstbesinnung und lest das, was der „Grundstein“ schreibt, richtig!

Der NS-Betriebsfunktionär. Der „Westdeutsche Beobachter“ vom 3. Januar 1931, der in Köln erscheint, veröffentlichte kürzlich 11 Leitfäden, die der Nazibetriebsfunktionär beachten und bei den zuständigen Stellen in mannhafter Weise vertreten soll. Aber auch hier sollen „Juden und Marxisten“, auch wenn sie Proletarier sind, systematisch benachteiligt werden. Im 8. Leitfaden heißt es: „Entlassungen, die wegen Arbeitsmangel erfolgen, stimmen grundsätzlich nicht zu. Ist jedoch der Entlassene oder zur Entlassung vorgesehene offener Bekannter und Vertreter der Erfüllungspolitik oder als Mitglied der Young-Parteien tatsächlich bekannt, dann hat er seine Entlassung mit Verschuldet und daher Stimme in solchen Fällen der Entlassung unter Abgabe einer entsprechenden Erklärung zu.“ Das ist nicht mehr nur Gesinnungschnüffelerei, sondern es ist Gesinnungsterror. Young-Parteien sind im Nationalsozialistenjargon alle Parteien mit Ausnahme der Hitler-Partei und — vielleicht! — des Landbundes. Die Deutschnationalen können schon nicht die Privilegien Hitlers genießen, denn sie haben dem Young-Plan mit 51 % Sicherung seiner Annahme zugestimmt. Die Nationalität der Hitlerfahrer geht dabei so weit, daß trotz dieses Terrors der Nazi-Betriebsfunktionär durch seine Taten helfen soll, „das Mißtrauen gegen uns, das durch unsere Feinde in die Reihen der Arbeitererschaft künstlich hineingetragen worden ist, zu beseitigen.“ — Die gewerkschaftlich organisierte Arbeitererschaft und die Sozialdemokraten, die einzig und allein mit jenem Leitfaden getroffen werden sollen, werden dafür zu sorgen haben, daß die Bäume der Braunhemden nicht in den Himmel wachsen.

Der Lohn soll doch gezahlt werden. In den letzten Monaten greift die Nichtauszahlung des Arbeitsverdienstes in der Sowjetunion immer weiter um sich. Freilich: die Sowjetpresse hüllte sich in Schweigen; doch selbst dadurch lassen sich Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Das Uebel ist aber inzwischen so eingedrungen, daß die Sowjet-Regierung sich genötigt sieht, Maßnahmen zu seiner Bekämpfung zu treffen. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat verfügt, daß in allen Fällen, in denen der Arbeitsverdienst nicht zur Auszahlung gelangt ist, dies schleunigst nachgeholt werden müsse („Trud“ vom 24. Januar). Und der oberste Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion gibt einen „Befehl“ aus, der die Wirtschaftsorgane zur rechtzeitigen Auszahlung des Arbeitsverdienstes und zur sofortigen Berichterstattung über jeden einzelnen Fall der Nichtauszahlung verpflichtet („Sa Industrialisozija“ vom 30. Januar).

Gründung einer Ärzte-Gewerkschaft. Die Ärzteschaft der Reichsaktion Gesundheitswesen des Gesamtverbandes fordert in einem Aufruf zur freigewerkschaftlichen Organisation der Ärzte und Zahnärzte auf: „Wahrer Gesundheitsdienst am Volke ist Gesundheitsfürsorge, die Hand in Hand gehen muß mit der Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Gesamtbevölkerung. Dazu hat die bisherige Entwicklung der Wirtschaft bewiesen, daß auch die Ärzteschaft von der Krise nicht verschont bleibt. Im Deutschen Reich gibt es insgesamt 48 000 Ärzte. Von diesen befinden sich fast 14 000 im Angestellten- oder Beamtenverhältnis. Also fast ein Drittel aller deutschen Ärzte übt keinen freien

Beruf mehr aus. Hierzu kommen noch 10 000 Zahnärzte, wovon wiederum ein Drittel festangestellt ist. Die 34 000 selbständigen Ärzte aber beziehen mit wenigen Ausnahmen den weitaus größten Teil ihres Einkommens aus den Krankenkassen, der Unfallversicherung, den Knappschaften und den freiwilligen Versicherungen. Diese Sozialversicherungsträger treten also gewissermaßen als Arbeitgeber auf. Die Interessen der Ärzte erfordern somit auch diesen gegenüber eine wirkungsvolle Vertretung. Der sogenannte freipraktizierende Arzt ist in bezug auf die Behandlung der Kranken an gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der verschiedensten Art gebunden. Die vielen Jungärzte warten unter schweren Entbehrungen auf die Zulassung zur Krankenkassenpraxis. Im Kampf um die Existenz sinkt die ärztliche Kunst in vielen Fällen zu einem Heilgewerbe herab. Diese Zustände bedürfen einer grundsätzlichen Veränderung. Dazu muß die Ärzteschaft in erster Linie aus ihrer Isolierung heraus. Sie muß in enge Beziehung zu den werktätigen Volksschichten treten, deren Vertrauen sie durch ihre zum Teil antiproletarische Einstellung stark eingebüßt hat. Das kann sie aber nur, wenn sie sich der freien Gewerkschaftsbewegung anschließt. Erst damit beginnt die Möglichkeit, an einer zielbewußten Fortführung der Sozialpolitik mitzuwirken. Die Ärzteschaft muß in einer Reihe mit den Versicherten stehen, um für den Gesundheitsdienst am Volke jederzeit wirksam eintreten zu können.“

Büchlichen Zahlern fällt der Beitrag leicht!

Für die Woche vom 8. bis 14. Februar ist der 7. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

Immer wieder die Wohnungsnot. Bei dem kürzlich in Berlin zu Ende gegangenen Prozeß Ulbrich kam zur Sprache, daß die Charakterbildung der von allen Spielern überaus hart verurteilten Lieschen Neumann nicht zuletzt auf die furchterlichen Wohnungsverhältnisse zurückzuführen ist, unter denen die Familie Neumann litt. Bei Entlassung des Vaters aus dem Kriegsgefangenenlager wohnte die ganze Familie von fünf Personen in einem einzigen Zimmer. Der Vater war stark nervös; er war gerade aus einem Nervenzustand gekommen. Er wollte seine Ruhe haben, deshalb wurden die Kinder auf die Straße gejagt und trieben sich herum. Die 14jährige Luise hat auch mal mit dem 19jährigen Bruder in einem Bett schlafen müssen. Auf Vorhaltungen des Stadtrats des Wohnungsamts konnte die Mutter nur erwidern: „Was soll man machen, wir haben doch nur ein Zimmer.“ — So haben auch an der furchtbaren Nordtat an dem Uhrmacher Ulbrich die Wohnungsverhältnisse ein gut Teil beigetragen.

Filmskandal der Oberregierungsräte. Wir kommen noch einmal auf diesen Skandal zurück, weil aus einer gewerkschaftlichen Ecke eine uns allerdings nicht mehr merkwürdig klingende Stimme erkönt. „Der Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, hat es fertig gebracht, das Verbot des SPW-Films damit zu rechtfertigen, daß es sich „um einen ablehn. parteipolitischen Heißfilm der Sozialdemokratie“ handelt. Während ich, wie „Der Deutsche“ die armen Unternehmer und die bedrohten Nazis in Schutz nimmt. Das überrascht nicht! Wir erinnern uns, daß „Der Deutsche“ vor längerer Zeit einmal von dem „JudenMorg“ in der sonst nur bei Antisemiten üblichen Weise gesprochen hat. Auch hat „Der Deutsche“ kürzlich gegen die Anordnung des preussischen Innenministers Severing, bei Lebernahme der Offiziere des bisherigen Reichswasserfahrs in den preussischen Staatsdienst diese hinsichtlich ihrer republikanischen Zuverlässigkeit auf Herz und Nieren zu prüfen, in einer Weise polemisiert, die der ihm namenserwandten „Deutschen Zeitung“ alle Ehre machen würde. — Man vergleiche demgegenüber, was bürgerliche Zeitungen von Welt Ruf zu dem Filmverbot geschrieben haben. Die „Frankfurter Zeitung“ fragt, ob die Zeiten Metternichs wiederzukehren beginnen. Wenngleich sie auch nicht mit allen Einzelheiten des Films einverstanden ist, so schreibt sie doch in prächtiger Weise gegen die Zensurbehörden, denen, wie zu Metternichs Zeiten, wo es galt Throne zu schenken, die Angst in die Knochen gefahren ist. Aus dieser Angst gelangt sie zu Verboten, die schließlich unhaltbar sein werden und eine Stüklust erzeugen, in der ein Volk wie das deutsche auf die Dauer nicht atmen kann. — Das „Berliner Tageblatt“ kritisiert das Filmverbot als den Ausfluß von Bestrebungen, die es sich angelegen sein lassen, die Nazis und die Unternehmer zu schenken. Der Film sei gegenüber dem Treiben der Nazis von einer erschreckenden Harmlosigkeit. — Man vergleiche mit diesen und anderen Stimmen die Einstellung des „Deutschen“, der, wenn wir nicht irren, verpflichtet wäre, republikanische Interessen zu vertreten. Aber richtig! In der von ihm vertretenen Spitzenorganisation gibt es ja auch einen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, in dessen Reihen sehr viele Nazis, darunter Reichstagsabgeordnete, Mitglieder sind. Da haben wir's...

Die kommunistischen Genossenschaftsbankrotteure. Nach dem Zusammenbruch des Halleischen Konsumvereins hat nun der ebenfalls kommunistisch geleitete Bezirks-Konsumverein Merseburg offen bankrott gemacht. Auch im kommunistisch geleiteten Konsumverein in Gotha kriselt es.

Der Umbau der russischen Gewerkschaften. Die russischen Gewerkschaften wollen sich immer enger dem Aufbau der russischen Wirtschaftsverwaltung anpassen. Von den 22 Verbänden, die jetzt bestehen, sollen 13 unterteilt bleiben, 9 Verbände hingegen sollen aufgeteilt werden. Unter den 9 Verbänden befindet sich neben dem Metallarbeiterverband, dem Bergarbeiterverband, dem Nahrungsmittelarbeiterverband, dem Landarbeiterverband, dem Kommunalarbeiterverband und noch 3 anderen Verbänden auch der russische Bauarbeiterverband. Aus dem Bauarbeiterverband sollen 3 Verbände gebildet werden, einer für den Industriebau und den kommunalen Wohnungsbau mit ungefähr 1 200 000 Mitgliedern, einer für Eisenbahn-, Hafen- und Wegebau mit 400 000 Mitgliedern und einer für die Zement- und keramische Industrie mit 150 000 Mitgliedern. — Dadurch wird mehr als bisher die Rolle der Gewerkschaften in Rußland die eines Hilfsorgans der Wirtschaftsverwaltung sein. Gleichzeitig ist beschlossen worden, die Finanzverwaltung der Verbände grundsätzlich umzubauen. Für die gesamte Gewerkschaftsbewegung wird das Prinzip des Einheitsbudgets festgelegt. Die einzelnen Verbände müssen sich in ihren Ausgaben

streng an die nach einheitlichen Prinzipien ausgearbeiteten Vorschläge halten und alle ihre den Ausgaben voranschlag überschreitenden Einnahmen an den Zentralrat der Gewerkschaften abführen, der sie im Interesse der Gesamtbewegung verwendet. Sämtliche zwischengewerkschaftlichen Organe (Orts- und Bezirksausschüsse) werden von nun an nicht von den ihnen angeschlossenen Verbänden, sondern ausschließlich vom Zentralrat der Gewerkschaften unterhalten; sie werden somit von den Ortsverwaltungen der Verbände völlig unabhängig. Das obrigkeitliche Prinzip, das bei der Durchführung dieser „Reform“ so auffallend ist, kommt in der russischen Gewerkschaftsbewegung immer eindeutiger zur Geltung.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Ausgeschlossen sind entsprechend § 16 Ziffer 2 der Bundesstatut vom Bundesvorstand: Jakob Menger, Stukkateur, Baugewerkschaft Dortmund, geboren 3. Januar 1875 in Kofendelmold, eingetretten 9. August 1927; Wilhelm Schulz, Maurer, Baugewerkschaft Hamburg, geboren 10. Dezember 1891 in Werder, eingetretten 1. März 1912 (308 521); Albert Behling, Maurer, Baugewerkschaft Köslin, geboren 18. April 1897 in Kolberg, eingetretten 6. April 1914 (185 792); Hermann Behling, Bauhilfsarbeiter, Baugewerkschaft Köslin, geboren 29. März 1899 in Kolberg, eingetretten 27. Mai 1917 (534 635); Andreas Krawczak, Bauhilfsarbeiter, Baugewerkschaft Köslin, geboren 3. November 1894 in Demke, eingetretten 8. August 1920 (351 429); von der Baugewerkschaft Freiwaldau/Schles., Max Hächchen, Maurer, geboren 20. Juni 1897 in Leippa/Kr. Rothenburg O.L., eingetretten 1. Februar 1927 (193 674).

Vom 29. Januar bis 4. Februar haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gesandt: Berlin 25,30, Derenthal 100, Danzig 227,40, Essen 3,90, Görtlich 4804,54, Gießen 22,50, Göttingen 11, Köslin 19, Mittweida 15, Naugard 3, Neustettin 3, Osnabrück 10,10, Potsdam 33, Ruffingen 29,40, Stolp 3, Swinemünde 15,75, Stargard i. P. 4, Strehlen 545.

Kalender: Bamberg 153, Gotha 60, Heilbronn 120, Kulmbach 60, Nürnberg 49,20, Osnabrück 30, Weimar 75.

Buchhüllen: Pappenheim 3,60.

Markenmappen: Osnabrück 6,25, Stolp 5, Stargard 1,25.

Bundesnadeln: Brake 1,50, Pappenheim 3,75.

Modellsteine: Brake 26,60, Emden 36,40, Glauchau 19,60, Hammerstein 1, Hof 7, Krefeld 10, Meisdorf 3, Neurode 49, Oldenburg i. O. 45, Senftenberg 74,30, Stahfurt 2, Strasburg 10,50, Tegernsee 1,90, Thale 19,30.

Einbände: Bremen 4, Deuffsch-Rasselwitz 2, Großschäden 2, Konstanz 4, Laage 2, Neustettin 2, Northeim 4, Senftenberg 4, Stargard i. P. 4, Salzwagen 2, Schwerin 4, Stolp 4, Siegen 4, Stralsund 4, Verden 2, Weisenfels 4, Würzburg 4.

Baubereit: Cottbus 5, Glauchau 1,80, Gotha 3, Hof 2, Meisdorf 0,60, Meißnerberg 0,50, Neurode 3,40, Osnabrück 8,50, Stahfurt 4,10, Tegernsee 1,1. Weimar 6.

Leistungen: Sprottau 3,10, Nalen, Bockenem, Derenthal, Duderstadt, Detmold, Dtsch.-Rasselwitz, Frankfurt/M., Hirschau, Hornburg, Kassel, Klütz, Kulmbach, Lützenburg, Neubaldensleben, Quidaborn, Rothenburg/L., Schneidemühl, Schwarzenbek, Wpck je 1,30.

Stempel: Küstrin 1,70, Plauen 0,85. Wimpel: Danzig 1,20, Greiz 0,60.

Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.

- Brandenburg Havel. Friedrich Wollbrück, M., 44 J.
- Breslau. Paul Zimmerling, Hilfsarbeiter, 60 Jahre.
- Chemnitz. Karl Hermann Kraus, Maurer, 73 J.
- Crimmitschau. (Stöcken.) Guido Laukner, M., 61 J.
- Danzig. Albert Ballach, Hilfsarbeiter, 78 Jahre alt.
- Bruno Ploch, Maurer, 58 Jahre alt.
- Dortmund. Josef Güttler, Maurer, 69 Jahre alt.
- Dresden. Walter Presse, Hilfsarbeiter, 49 Jahre alt.
- Emden. H. Heinenberg, Pfisterer, 72 Jahre alt.
- J. Sparenborg, Hilfsarbeiter, 56 Jahre alt.
- Frankfurt/M. (Martfeld.) Phil. Bonrad, S., 52 J. (Offenbach.) Wilhelm Reus, Hilfsarbeit., 55 Jahre.
- Görtlich. Bruno Senfleben, Maurer, 60 Jahre alt.
- Guben. (Sommerfeld.) Reinh. Läsche, Töpfer, 32 J.
- Kiel. (Schönberg.) Karl Geest, Maurer, 56 Jahre alt.
- Koblenz. Wilhelm Schmitt, Hilfsarbeiter, 34 Jahre.
- Josef Welh, Maurer, 49 Jahre alt.
- Köln. Franz Berg, Stukkateur, 52 Jahre alt.
- Friedrich Franz, Maurer, 76 Jahre alt.
- Bernhard Gottschalk, Hilfsarbeiter, 43 Jahre alt.
- Nikolaus Greorius, Hilfsarbeiter, 23 Jahre alt.
- Albert Hammermeister, Fliesenleger, 46 Jahre.
- Anton Heller, Maurer, 74 Jahre alt.
- Johann Kessel, Fliesenleger, 61 Jahre alt.
- Otto Klemm, Gipser, 42 Jahre alt.
- Johann Stump, Hilfsarbeiter, 26 Jahre alt.
- Bruno Tondorf, Stukkateur, 50 Jahre alt.
- Heinrich Weimer, Maurer, 56 Jahre alt.
- Josef Mark, Bucher, 52 Jahre alt.
- Leipzig. (Gleien.) Emil Albrecht, Maurer, 63 Jahre.
- Emil Leonhardt, Maurer, 66 Jahre alt.
- Gustav Dorn, Hilfsarbeiter, 64 Jahre alt.
- (Kleinlehna.) Ernst Jaeger, Hilfsarbeiter, 82 Jahre.
- Niegnitz. (Hollenhain.) Richard Menzel, M.-B., 47 J.
- Löbau. (Bellwitz.) Walt. Engelmann, Hilfsarb., 21 J. (Ebersbach.) Wilhelm Lorenz, Erbarb., 62 Jahre.
- Magdeburg. (Barleben.) Ernst Eulenstein, Arb., 21 J.
- Franz Seybecke, Arbeiter, 72 Jahre alt.
- Meißen. Paul Bräuer, Töpfer, 67 Jahre alt.
- Minden/W. (Rutenhausen.) Heinrich Busse, M., 64 J.
- München. (Nymphenburg.) Jos. Altenecker, S., 58 J. (Oberglöding.) Georg Ruckerl, Hilfsarb., 55 Jahre.
- Waldenburg Schleß. Josef Labuga, Hilfsarb., 26 J.
- Erich Niepel, Hilfsarbeiter, 25 Jahre alt.
- Wiesbaden. (Dohheim.) Philipp Schütz, M., 59 J.

Ehre ihrem Andenken!

